

## Entwicklung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina (Operation Althea) 16. Dezember 2005

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 9. Sitzung. Berlin, Freitag, den 16. Dezember 2005

625

Ulla Jelpke

Linksfraktion warnt schon lange davor, dass Geheimdienste nicht dem Schutz der Demokratie dienen, sondern eine Gefährdung darstellen. Wir haben leider, wie sich jetzt zeigt, wieder einmal Recht behalten.

(Beifall bei der LINKEN – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Übertreiben Sie mal nicht!)

Anstatt nun endlich alle Fakten auf den Tisch zu legen, setzt die Bundesregierung weiter auf Konspiration. Sie gibt höchstens das preis, was wir sowieso in den Medien nachlesen können. Herr Uhlau hat uns Obleute heute zwar dankenswerterweise informiert;

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Eben!)

aber wir sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und dürfen hier nichts sagen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Aber Sie wissen etwas!)

– Herr Grindel, das wissen auch Sie. Auch Sie waren dabei.

Ich denke, dass mit dieser Geheimniskrämerei gegenüber der Öffentlichkeit endlich Schluss gemacht werden muss; denn sie hat ein Recht darauf, informiert zu werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass der Skandal mehr als zehn Jahre lang unentdeckt blieb, zeigt überdeutlich, dass es keine effektive **Kontrolle der Geheimdienste** gibt. Die Öffentlichkeit weiß bis heute nicht, wer diese Aktionen damals angeordnet hat. Die Öffentlichkeit weiß auch nicht, mit welchen Methoden der BND gearbeitet hat.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen sie doch selber nicht! Da weiß doch der eine nicht, was der andere macht!)

Es gab Lauschangriffe, Briefe wurden geöffnet; wir kennen das ganze Repertoire.

Die Öffentlichkeit weiß bis heute auch nicht, ob Abgeordnete betroffen sind und von Fahndern ins Visier genommen worden sind. Hinweise darauf gibt es nur in der Presse. Ebenso wenig weiß die Öffentlichkeit, ob der BND-Präsident oder sogar das Kanzleramt Bescheid wusste. Wenn ja, dann hätten höchste Regierungsstellen rechtswidrige Aktionen geduldet. Wenn nein, dann wäre das wieder ein Beleg dafür, dass wir keine wirkliche Kontrolle von Geheimdiensten haben.

Das Wenige, was wir überhaupt wissen, wissen wir, wie gesagt, aus den Medien. Die Bundesregierung, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, hält sich hartnäckig weiter daran, keine lückenlose Aufklärung vorzulegen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für Ihr Verständnis von Pressefreiheit und Demokratie.

Was nun den Antrag der Grünen angeht: Es reicht meines Erachtens nicht aus, zu fordern, dass über diesen Skandal berichtet wird.

Ich glaube auch, dass wir nicht nur fordern sollten, dass die Regierung demnächst keine Fehler mehr macht. Vielmehr muss sich das Parlament selbst mit diesen Vorgängen beschäftigen und geeignete Maßnahmen und Schritte einleiten, damit so etwas nicht wieder geschieht.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind gerade dabei!)

– Im Antrag steht dazu nichts, Herr Kollege.

Die Fraktion der Linken hat auch kein Verständnis dafür, dass gemäß dem Antrag der Zwischenbericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums nur in einer zensierten Fassung vorgelegt werden soll. Wir fordern, Ross und Reiter zu nennen. Wir fordern, Schluss mit dieser Geheimpolitik zu machen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/85 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Vereinbarte Debatte

**Entwicklung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina (Operation Althea)**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Bundesminister Franz Josef Jung das Wort.

**Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast auf den Tag genau vor zehn Jahren, am 14. Dezember 1995, wurde das Dayton-Abkommen unterzeichnet. Seit diesem Zeitpunkt wird die Umsetzung des Friedensabkommens von einer multinationalen Friedenstruppe abgesichert.

Wenn man diese zehn Jahre Revue passieren lässt, ist hier, wie ich meine, eine vom Grundsatz her mehr als positive Entwicklung eingeleitet worden. Ich sage Ihnen ganz offen, dass ich mir in der Zeit, als der Eiserne Vorhang fiel, nicht vorstellen konnte, dass wir mitten in Europa wieder Massenvergewaltigungen und Massenvertreibungen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen haben würden. Man kann also froh darüber sein, dass diese Entwicklung zu einer Stabilisierung der Situation im Balkan geführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Bundesminister Dr. Franz Josef Jung**

Die multinationale Friedenstruppe gewährleistet den Rahmen für den Prozess der politischen Normalisierung und den gesellschaftlichen Wiederaufbau des Landes.

Nach der erfolgreichen Beendigung der unter NATO-Führung stehenden Operation SFOR hat die Europäische Union vor einem Jahr die Verantwortung für den friedenssichernden Einsatz in Bosnien-Herzegowina übernommen. Derzeit sind rund 6 200 Soldaten aus mehr als 30 Nationen, auch aus Nicht-EU-Staaten, bei EUFOR eingesetzt. Dazu gehören etwas mehr als 1 000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Die Operation Althea ist die bislang größte militärische Operation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie ist eine sinnvolle Ergänzung des zivilen Engagements der EU. Es bedarf einer militärischen Komponente. Die Europäische Union hat hier gezeigt, dass sie auch im Hinblick auf die Friedenssicherung im militärischen Bereich umfassend handlungsfähig ist. Das ist im Zusammenhang mit dieser Debatte positiv festzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die Ergebnisse können sich sehen lassen. Auch der Übergang der Verantwortung von der NATO zur EU hat nicht zu einem Sicherheitsvakuum geführt. Althea vermittelt der Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina das gleiche Gefühl von Sicherheit wie die vorherigen Operationen IFOR und SFOR unter NATO-Führung. Diese Erfahrung zeigt, dass sich der zivilmilitärische Ansatz der EU im Bereich des Krisenmanagements bewährt hat.

Es ist festzustellen, dass in Bosnien-Herzegowina bis heute große Fortschritte erzielt worden sind. Das Land ist auf seinem Weg zu einem stabilen und lebensfähigen multiethnischen Staat weit vorangekommen. Die Empfehlung der EU-Kommission für den Beginn von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ist der jüngste Beweis dafür.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage, dass mit der Entscheidung für den neuen Repräsentanten in Person unseres ehemaligen Kollegen **Dr. Christian Schwarz-Schilling** eine gute Entscheidung getroffen worden ist, die diesen Prozess positiv unterstützt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch die Einigung der bosnischen Teilrepubliken und des Zentralparlamentes auf gesamtbosnische Verteidigungsstrukturen ist ein Meilenstein auf dem Weg des Landes in die euroatlantischen Strukturen. Dort rechnet man mit einer baldigen Einladung zum Partnership-for-Peace-Programm der NATO.

Ich habe meinem bosnischen Amtskollegen bei seinem Besuch vor zwei Wochen in Berlin deutlich gemacht, dass Bosnien-Herzegowina den Prozess seiner **Westintegration** ein Stück weit selbst bestimmt. Denn vom Erfolg der Fortschritte bei der Stabilisierung und

der Sicherung im eigenen Land – wichtig ist zum Beispiel die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof – wird es abhängen, wie schnell man sich bezüglich der Westintegration die Hand reichen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt darauf an, die eingeleiteten Reformen positiv weiterzuentwickeln. Die bisherige positive Entwicklung wäre aber ohne die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und die militärische Absicherung des Friedensprozesses nicht möglich gewesen. Deshalb möchte ich bei dieser Gelegenheit all unseren **Soldatinnen und Soldaten**, die dort im Einsatz waren und noch sind, herzlich für ihren Einsatz für die Friedenssicherung und die Stabilisierung dieses Landes danken. Sie leisten einen großartigen Beitrag, der Anerkennung findet. Deshalb möchte ich ihnen von hier aus meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Fortsetzung des begommenen Prozesses bleibt die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft und die Fortführung der militärischen Sicherheitspräsenz weiterhin notwendig; denn trotz der erzielten Erfolge gibt es derzeit noch keine dauerhafte, sich selbst tragende Stabilität in Bosnien-Herzegowina. Auch aus diesem Grund müssen wir dort weiterhin unseren **Beitrag** leisten.

Wir können aber zuversichtlich sein, dass sich bei einer weiterhin positiven Entwicklung des Landes mittelfristig Perspektiven für die Reduzierung der internationalen Streitkräftepräsenz ergeben. Derzeit ist es aber noch notwendig – so wurde es auch gemeinsam vereinbart –, dass wir dort unseren Beitrag leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland handelt in Solidarität mit seinen Verbündeten und Partnern auf der Grundlage der Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Deshalb ist unser Engagement in Bosnien-Herzegowina weiterhin notwendig. Es dient der Sicherheit und dem Wohl der Menschen dort, aber es dient letztlich auch der Sicherheit unseres eigenen Landes und entspricht unserer Verantwortung in den Vereinten Nationen. Deshalb halte ich es weiterhin für notwendig, dass wir dort unseren Beitrag leisten. Ich bitte daher um die weitere Unterstützung des Parlamentes für die friedenssichernden Maßnahmen.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Rainer Stinner, FDP-Fraktion.

**Dr. Rainer Stinner (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meinem Dafürhalten